



10.09.2008 | Nr. 304/08

## **Johann Wadephul: zu TOP 3: Der erste verfassungskonforme Etat seit 1996 liegt vor!**

Es gilt das gesprochene Wort

Zum Auftakt der letzten Haushaltsberatungen in dieser Legislaturperiode möchte ich als Erstes folgende Bemerkung machen: Mit diesem Haushaltsentwurf kehrt die Haushaltspolitik in Schleswig-Holstein wieder in die Regelkreise zurück, die von Recht und Gesetz vorgegeben sind.

Der Finanzminister hat in seiner Rede schon darauf hingewiesen: Erstmals seit 1996 legt die Landesregierung einen schon in der Aufstellung verfassungskonformen Etat vor. Ein verfassungsmäßiger Haushalt, das war und ist für die CDU-Fraktion eine Kernforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg dieser Koalition.

Dieses Ziel war in der Großen Koalition bei den Eckwerteberatungen auch stets unstrittig. Es hat sich aber in der konkreten Realisierung doch als eine große Herausforderung erwiesen.

Ich möchte deshalb dem Finanzminister für seine Überzeugungskraft und vor allem für sein Verhandlungsgeschick danken. Er konnte in zahlreichen Chefgesprächen erreichen, dass die rigiden Haushaltsvorgaben von allen Ressorts ohne Abstriche eingehalten werden.

Dieser Haushaltsentwurf stellt erkennbar einen echten Sparhaushalt dar. Der Minister hat es bereits erwähnt:

- Die geplante Neuverschuldung bleibt mit 570 Millionen Euro (2009) und 530 Millionen (2010) unterhalb der Höhe der eigenfinanzierten Investitionen,
- In der Landesverwaltung fallen mit Ausnahme des Lehrerbereiches im Saldo 621 Stellen in beiden Jahren weg,
- Steuermehreinnahmen werden vorrangig zur weiteren Reduzierung der Nettokreditaufnahme verwandt.

Hört man die Äußerungen der Grünen zum Haushalt, könnte man den Eindruck gewinnen, Sie seien niemals Regierungspartei gewesen und in keiner Form an finanzpolitischen Entscheidungen hier im Landtag beteiligt gewesen.

Deshalb möchte ich noch einmal daran erinnern, von welcher finanzpolitischen Ausgangslage wir unter Ministerpräsident Carstensen gestartet sind.

Die Finanzlage unseres Landes zu Beginn der Arbeit dieser Landesregierung im Jahr 2005 war dramatisch.

Mehr als 21 Milliarden Euro an Schulden hat uns die rot-grüne Landesregierung hinterlassen. 8 Milliarden Euro an neuen Schulden fallen direkt in die Regierungszeit von 1996 bis 2005, in der nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Grünen Verantwortung getragen haben.

Als der Finanzminister im April 2005 seine Arbeit aufnahm, bedurfte es zunächst der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes mit einer Nettokreditaufnahme von 1,7 Milliarden Euro, um überhaupt alle Ausgaben decken zu können.

Dieser Neuverschuldung standen gerade einmal 500 Millionen Euro eigenfinanzierte Investitionen gegenüber.

Die aus den Schulden erwachsende Zinslast betrug zuletzt fast 900 Millionen Euro mit jährlich um zehn Prozent steigender Tendenz.

Die wirkliche finanzpolitische Situation hatte Rot-Grün in der Regierungszeit von 1996 bis 2005 durch Sonderausschüttungen und Verkäufe verstellt.

Herr Kollege Hentschel, seit 1996 wurde unter Mitverantwortung der Grünen nicht ein einziger verfassungsmäßiger Haushalt verabschiedet.

Das kann man an dieser Stelle nicht genug betonen. Und bei der Verwaltungsstrukturreform kann es den Grünen nun nicht schnell genug gehen, um zu Einsparungen zu kommen.

Kommen Sie zurück zur Wirklichkeit!

Mit einem Dreiklang aus Sparen, Investieren und Reformieren haben wir nicht nur die Wende geschafft, sondern wir haben die Ziele, die wir uns selbst gesteckt haben, sogar mehr als erfüllt.

- Die Neuverschuldung konnte seit dem Regierungswechsel um zwei Drittel reduziert werden. Das Ziel der Koalition, die Neuverschuldung bis zum Ende der Legislaturperiode zu halbieren, haben wir bereits im Jahr 2006 erreicht.

- Die eigenfinanzierten Investitionen liegen um mehr als zwanzig Prozent über dem Vergleichswert zum Zeitpunkt des Regierungswechsels.

- Die konsumtiven Ausgaben ohne Zinsen bleiben in den fünf Regierungsjahren deutlich unter der Inflationsrate.

- Nicht zuletzt durch unsere wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sind die Steuereinnahmen zwischen 2005 und 2010 um fast 1,8 Milliarden Euro angewachsen.

Schleswig-Holstein hätte längst einen ausgeglichenen Haushalt, wenn wir nicht die Erblasten der Vergangenheit zu tragen hätten. Ohne diese Altlasten würden wir in den kommenden beiden Haushaltsjahren Gewinne in einem Umfang von über 900 Millionen Euro erzielen.

Neben diesen erheblichen Altlasten bereitet uns das strukturelle Defizit die größte Sorge bei der Konsolidierung unserer Staatsfinanzen. Ich hoffe, dass es nach Ablehnung des Altschuldenfonds in der Föderalismuskommission noch zu einer Lösung der strukturellen Probleme der betroffenen Länder kommt.

Klar ist für meine Fraktion: Nur wenn uns bei den drückenden Zinslasten geholfen wird, werden wir einem Verschuldungsverbot in der Verfassung zustimmen können.

Aber auch die künftige Zinsentwicklung stellt uns vor große Probleme. Die vor wenigen Tagen vorgelegte mittelfristige Finanzplanung verspricht uns hier nicht allzu viel Gutes:

Die Zinszahlungen für die Altlasten werden auf die magische Zahl von über 1,1 Milliarden Euro im Planungszeitraum anwachsen. Dies entspricht einem Anstieg um mehr als 27 % innerhalb von fünf Jahren.

Diese besorgniserregende Entwicklung macht deutlich: Wir müssen den Weg der Konsolidierung und des Schuldenabbaus konsequent weiter gehen. Nur dann bekommen wir wieder mehr Spielraum für eigene Schwerpunktsetzungen und mehr Gestaltungsfreiheit.

Konsolidierung bedeutet nicht sparen um des Sparens willen, sondern ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Es geht darum, dass wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben dürfen.

Wir dürfen unseren Kindern und Enkelkindern nicht mit einem Erbe belasten, dass sie nicht tragen können. Dieser Gedanke der Nachhaltigkeit gilt nicht nur im Bereich der Umweltpolitik, sondern auch im Bereich der Staatsfinanzen.

Haushaltsentscheidungen sind immer auch Entscheidungen über politische Schwerpunkte.

Trotz unserer enormen Sparanstrengungen setzen wir auch mit diesem Haushalt klare politische Schwerpunkte, insbesondere in den Bereichen der Bildung, Wissenschaft und Familienpolitik.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Deshalb bauen wir bis 2013 die Kinderbetreuung für unter Dreijährige konsequent aus und schaffen 17.000 Betreuungsplätze zusätzlich. Hierfür werden rund 120 Millionen Euro für Investitionen und 124 Millionen Euro für Betriebskosten bereitgestellt. Weitere 5 Millionen Euro sind für flankierende Maßnahmen vorgesehen.

Darüber hinaus wollen wir für den Einstieg, die Eltern von den Beiträgen der Kinderbetreuung zu befreien, das letzte Kindergartenjahr elternbeitragsfrei anbieten.

Hierfür haben wir bis 2010 einen Betrag von 50 Millionen Euro eingeplant. Über die genaue Ausgestaltung befinden wir uns – das ist allen bekannt – noch in der Abstimmung mit den Sozialdemokraten.

Dies ist für unser Land ein erheblicher Kraftakt, aber die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder. Sie sind der wichtigste Wert einer Gesellschaft. Wir wollen Schleswig-Holstein zum Familien- und Kinderland Nummer 1 machen, in dem Kinder herzlich willkommen sind.

Aber: Ich halte heute eine Zusage über die Finanzierung der völligen Beitragsfreiheit für unmöglich und im Sinne der Generationengerechtigkeit für nicht umsetzbar. Wir können den Kindern, die wir heute betreuen lassen, nicht die Rechnung von Morgen überlassen, indem wir neue Schulden machen.

In der Schule machen wir mit unserer kinderfreundlichen Politik weiter: Auch in Zeiten der notwendigen Haushaltskonsolidierung setzen wir mit dem Ausbau des Ganztagsangebotes an Schulen und der Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer klare Schwerpunkte. Die Förderung von Ganztagsangeboten wird von derzeit 3 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 5,4 Millionen Euro sowie im Jahr 2010 auf 6,8 Millionen Euro angehoben.

Den Spielraum bei den Lehrerstellen, der durch die zurückgehenden Schülerzahlen entsteht, nutzen wir in angemessener Weise zur Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation. Deshalb werden wir im Jahr 2009 weitere 675 Lehrerinnen und Lehrer und im Jahr 2010 weitere 255 einstellen.

In den kommenden beiden Jahren werden an den Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie an den Gymnasien pro Jahr 150 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Hierfür stehen insgesamt 22 Millionen Euro bereit.

Insgesamt werden wir in dieser Legislaturperiode über 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen haben. Dies unterstreicht, dass Bildung ein Kernanliegen der Großen Koalition in Schleswig-Holstein ist. Bildung entscheidet über die Chancen eines Kindes. Wir schulden jedem Schleswig-Holsteiner – unabhängig von seiner Herkunft – optimale Bildungschancen.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes wollen wir in den nächsten Jahren 4000 zusätzliche Studierende an unseren Hochschulen und Universitäten aufnehmen. Die Ausgaben hierfür sollen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf über 84 Millionen Euro belaufen. Im Vorjahresvergleich ist das eine Steigerung von 18 Millionen Euro.

Der Finanzbedarf unserer Hochschulen ist immens. Wer Gebühren vermeiden will, muss sagen, woher das Geld kommen soll oder ob er drittklassige Universitäten im Land will.

Aber ebenso die Stärkung des Wissenschaftsstandortes und die Unterstützung der Spitzenforschung stehen im Mittelpunkt dieses Haushaltes. Insgesamt werden sich

die Ausgaben hierfür auf knapp 118 Millionen Euro im Jahr 2009 sowie auf über 128 Millionen Euro für 2010 belaufen.

Die Zuschläge für die Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“ und „Entzündungsforschung“ sind ein eindrucksvoller Beleg für die Leistungsfähigkeit schleswig-holsteinischer Forschungseinrichtungen.

Das zeigt: Wie sind auf einem guten Weg, Schleswig-Holstein zu einem professionellen und zukunftsweisenden Wissenschaftsland auszubauen.

Herr Minister Döring hat vergangene Woche auf die Situation bei den Staatsanwaltschaften unseres Landes hingewiesen. In der Tat bestehen bei unseren Staatsanwaltschaften nicht unerhebliche Engpässe. Daher unterstützt meine Fraktion im Grundsatz auch die Schaffung zusätzlicher Stellen.

Denn wir wollen - auch unter generalpräventiven Gesichtspunkten - eine effektive und wirksame Strafverfolgung gewährleisten.

Wichtig ist für uns aber, dass diese Stellen durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden.

Wir haben eine gut arbeitende Polizei, die sich der vollen Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion sicher sein kann. Damit dies auch in Zukunft so ist, gilt es ständig, die Ausstattung und materiellen Ressourcen zu verbessern und den notwendigen politischen Rückhalt zu geben. Ein wesentlicher Beitrag hierzu ist die Einführung des Digitalfunks, den wir mit dem Haushaltsentwurf absichern.

In den weiteren Haushaltsberatungen sollten wir aber auch berücksichtigen, dass sich bei der Polizei nach meinen Erkenntnissen bereits etwa 800.000 Überstunden angesammelt haben. Diese Zahl zeugt von der besonderen Einsatzbereitschaft unserer Polizei im Land.

Mit Sorge sehe ich wachsenden Frust wegen zum Teil deutlich schlechter Beförderungschancen. Wollen wir die Motivation unserer Polizisten nicht dauerhaft gefährden, muss dies unser Thema werden.

An dieser Stelle möchte ich unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihre geleistete Arbeit danken!

Zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik:

Trotz der aktuellen Unkenrufe steht die schleswig-holsteinische Wirtschaft gut da. Auch im Jahr 2008 ist es uns gelungen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren.

Im August 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahresvergleich um rund 11.300 auf rund 106.000. Ich bin zuversichtlich, dass wir die magische Grenze von 100.000 Arbeitslosen in diesem Herbst schaffen können. Seit Regierungsübernahme haben wir die Arbeitslosigkeit von über 180.000 auf rund 106.000 reduziert.

Mein Dank gilt dabei vor allem den vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in

unserem Land. Sie sind es, die letztlich die Arbeitsplätze schaffen.

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages zum Bau der festen Fehmarnbeltquerung rückt Schleswig-Holstein noch näher in den Mittelpunkt Europas.

Dies ist ein besonderer Verdienst unseres Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen und des ehemaligen Verkehrsministers Dietrich Austermann. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihr Engagement für dieses wegweisende Infrastrukturprojekt. Schleswig-Holstein wird damit zu dem wichtigsten Verkehrsknotenpunkt in Nordeuropa.

Damit auch die landseitigen Anbindungen entsprechend ausgebaut werden, stellen wir im Haushalt für die kommenden Jahre 60 Millionen Euro zu Verfügung. Dieses Geld ist gut angelegt.

Aber auch der Bund muss seinen Beitrag leisten. Dies gilt nicht nur für den Ausbau der A 1 im Zuge der Fehmarnbeltquerung, sondern besonders auch für die weiteren wichtigen Fernstraßen. Neben dem umfassenden Ausbau der A 7 und A 1 darf es bei der A 20 keine Abstriche geben. Die westliche Elbquerung bei Glückstadt muss mautfrei vor einer Ortsumfahrung Hamburgs realisiert werden.

Wenn wir heute in der Großen Koalition eine ehrliche und offene Bilanz ziehen, dann möchte ich vor allem zwei Bemerkungen hierzu machen:

- Wir sind bei der Konsolidierung unseres Haushaltes trotz der extrem schwierigen Finanzlage einen großen Schritt weiter gekommen.
- Weniger erfolgreich waren wir aber, und das sage ich ganz offen und ehrlich, beim Abbau von Personal und von Aufgaben in der Verwaltung. Das Landwirtschaftsministerium ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Schon bei den letzten Haushaltsberatungen war dieses Ministerium das einzige, das die Einsparvorgaben des Finanzministers erbracht hat. Im vorliegenden Haushaltsentwurf belaufen sich die Ausgaben sogar auf nur noch 270 und 275 Millionen in den Jahren 2009 und 2010.

Mein besonderer Dank dafür gilt Minister Christian von Boetticher.

Insgesamt aber haben wir beim Abbau von Personal und bei der Entbürokratisierung viel zu wenig erreicht.

An der Fortführung des Konsolidierungskurses führt trotz Steuermehreinnahmen kein Weg vorbei. Für die CDU-Fraktion darf ich sagen, dass unsere finanzpolitische Kernbotschaft für die kommenden Jahre klar ist: Wir wollen, dass Schleswig-Holstein bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode über einen ausgeglichenen Haushalt verfügt. Das ist das große Ziel unserer Finanzpolitik bis zum Jahr 2015. Das sind wir uns und erst recht unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Wir sparen für die Zukunft unserer Kinder!

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir weitere erhebliche Anstrengungen unternehmen, indem wir die Nettokreditaufnahme Jahr für Jahr zurückführen. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein.